



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Grundgesetzänderung: Die Kommunen werden nun massiv entlastet

Olching, 18.9.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Der Bundestag hat das Grundgesetz geändert und eine beispiellose Entlastung der Kommunen beschlossen. „Der Bund erstattet nun, gemeinsam mit den Ländern, die Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle der Kommunen in Höhe von rund zwölf Milliarden Euro“, sagt Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, und ergänzt: „Wir Sozialdemokraten fordern die Entlastung der Kommunen schon lange - nicht erst seit Corona!“

Die Erstattung der Gewerbesteuerausfälle ist aber nur die eine Seite der Medaille. Der Bund wird darüber hinaus die Kommunen dauerhaft und strukturell bei den Sozialausgaben entlasten, indem er seinen Anteil an den Kosten der Grundsicherung – Unterkunft und Heizung – auf bis zu 75 Prozent erhöht. Derzeit trägt er knapp 50 Prozent der Kosten. Die kommunalen Haushalte werden dadurch insgesamt jährlich um 3,4 Milliarden Euro entlastet.

Michael Schrodi, der lange Gemeinderat im Landkreis Fürstenfeldbruck war und auch Mitglied des Kreistages ist, weiß, wie stark die Gemeinden belastet sind. Besonders in der aktuellen Phase, in der Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen deutlich zurückgehen, müssen Pläne und Investitionen aufgeschoben und Leistungen gekürzt werden. „Die kommunale Investitionskraft muss erhalten bleiben! Die Gemeinden und Städte stehen durch die Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen“, so der Finanzpolitiker. Schrodi unterstützt die Forderungen seiner SPD-Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag, denn „Kommunal Finanzen sind Ländersache - Bayern ist verantwortlich!“. Er erklärt: „Die Bayerische Staatsregierung ist in der Pflicht. Über das Hilfsprogramm des Bundes hinaus muss auch das reiche Bayern helfen. 100 Euro pro Einwohner in jeder Kommune sind eine notwendige Hilfe des Freistaats. Die Kommunen sind für die Daseinsvorsorge verantwortlich, Sachaufwandsträger für die Schulen und Kindertagesstätten, betreiben Schwimmbäder und Bibliotheken. Sie unterstützen die Vereine vor Ort und sorgen dafür, dass die Menschen sich hier wohlfühlen.“



Noch nicht zufrieden ist Michael Schrodi mit der ungelösten Altschuldenproblematik für Gemeinden, die aufgrund des Strukturwandels in ihrer Region unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind: „Die Entlastungen leisten zwar einen Beitrag zur Vermeidung neuer Schulden, alte Schulden aus Krediten zur Sicherung der Liquidität können dadurch aber nicht getilgt werden. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung.“